

Zürich, 12. September 2022

KR-Nr. 326/2022

A N F R A G E von Monika Wicki (SP, Zürich), Sonja Rueff-Frenkel (FDP, Zürich)

betreffend Umsetzung Behindertengleichstellungsgesetz (ÖV)

Aufgrund des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG / SR 151.3) sowie der Verordnung des UVEK über die technischen Anforderungen an die behindertengerechte Gestaltung des öffentlichen Verkehrs (VböV / SR 151.34) sind bestehende Bauten und Anlagen sowie Fahrzeuge für den öffentlichen Verkehr behindertengerecht für eine «möglichst lückenfreie Transportkette» anzupassen. Die Infrastruktur des öffentlichen Verkehrs, dies betrifft sowohl die Bahnhöfe und Züge als auch Bus- und Tramhaltestellen und die dafür erforderlichen Fahrzeuge, muss für Menschen mit Behinderung autonom und spontan nutzbar sein. Nach einer Übergangsfrist sind der Kanton Zürich und insbesondere die Gemeinden verpflichtet, die Zugänge zu Haltestellen und Fahrzeugen des öffentlichen Verkehrs behindertengerecht bereitzustellen. Im ZVV-Bericht «Behindertengerechter öffentlicher Verkehr 2024» aus dem Jahr 2014 zeigt auf, wie die Umsetzung im Kanton Zürich geplant wurde.

Um die gesetzten Ziele bis 2024 zu erreichen, stellt sich heute die Frage, wie die Situation bei der Umsetzung bei Bahn und Bus im Kanton und insbesondere auch in den Regionen zum gegenwärtigen Zeitpunkt aussieht. Doch weder ist der Stand der Umsetzung im Kanton allgemein bekannt, noch ist ersichtlich, wo allenfalls solche Informationen über Bahn und Bus bezogen werden können.

Wir bitten daher die Regierung um Beantwortung folgender Fragen:

1. Gibt es eine Zwischenbilanz zum Stand der Umsetzung gemäss dem Bericht «Behindertengerechter öffentlicher Verkehr 2024»?
2. Ist der Regierung der Stand der Umsetzung insbesondere bei Bus, Tram und Zug bekannt?
3. Gibt es eine allgemeine Übersicht, welche flächen- und angebotsdeckend Auskunft über die Umsetzung gibt? Falls dem nicht so ist, ist die Regierung bereit, eine solche Übersicht erarbeiten zu lassen, damit notfalls geeignete Unterstützungsmassnahmen getroffen werden können?
4. Was sieht die Regierung vor, um die gesetzlichen Anforderungen fristgerecht einhalten zu können?

Monika Wicki
Sonja Rueff-Frenkel